

Antrag 301/I/2023**Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Luft zum Atmen: Für eine starke Berliner Sozialdemokratie als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts**

1 Die SPD Berlin steckt in einer Krise. Fast 22 Jahre lang
2 trugen wir als Partei an der Spitze des Senats die Re-
3 gierungsverantwortung für alle Berliner*innen. Die bitte-
4 re Wahniederlage bei der historischen Wiederholungs-
5 wahl mit einem ebenfalls historisch schlechten Wahler-
6 gebnis am 12. Februar 2023 ist eine Zäsur. Als Partei ha-
7 ben wir darauf bislang keine adäquate Antwort gegeben.
8 Die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU
9 Berlin und der darauffolgende Mitgliederentscheid zum
10 schwarz-roten Koalitionsvertrag haben die Mitgliedschaft
11 in etwa zwei gleich große, sich gegenüberstehende Teile
12 gespalten. Nun müssen wir dringend Antworten darauf
13 geben, wie ein inhaltlicher und personeller Neuanfang für
14 die SPD Berlin nach dieser Zäsur möglich ist, wie wir un-
15 sere Bündnisfähigkeit zu mitte-linken Parteien herstellen
16 und 2026 das Rote Rathaus wieder zurückerobern.

17

18 Die Wahniederlage aufarbeiten

19 Die Wiederholungswahl am 12. Februar 2023 war eine his-
20 torische Wahl. 2021 konnte die Berliner Sozialdemokratie,
21 trotz Verlusten, bei den Abgeordnetenhauswahlen stärks-
22 te politische Kraft werden und das rot-grün-rote Regie-
23 rungsbündnis weiter anführen. Diese rot-grün-rote Koali-
24 tion hat sich zum Ziel genommen, progressive Politik für
25 eine soziale und bezahlbare Stadt für alle umzusetzen und
26 auf vielfache Krisen wie der Energie- und Inflationskri-
27 se, ausgelöst durch den Angriffskriegs Russlands auf die
28 Ukraine, entsprechend zu reagieren und Berliner*innen
29 mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu entlasten.
30 Nach gut 1 ½ Jahren wurde am Wahltag, dem 12. Febru-
31 ar, schnell klar, dass die Erfolge nicht der SPD zugeschrie-
32 ben und die CDU aus Protest gewählt wurde. Die Berliner
33 SPD hat mit insgesamt 3 Prozentpunkten mehr Verluste
34 eingefahren als ihre damaligen Koalitionspartner zusam-
35 men. Die Grünen konnten ihr historisch gutes Wahlergeb-
36 nis von 2021 weitgehend halten. Trotz der tiefen Ausein-
37 andersetzung auf Bundesebene hielten sich auch die Verlus-
38 te der Linken in Grenzen. Sie hielten ihr Ergebnis etwas im
39 Durchschnitt der Wahlen seit 2006. Innerhalb von 1 ½ Jah-
40 ren hat unsere stolze Partei zweimal in Folge ihr schlech-
41 testes Wahlergebnis der Nachkriegszeit eingefahren. Von
42 zuvor 25 Direktmandaten im Jahr 2021 gewann die SPD
43 bei der Wiederholungswahl nur 4 Direktmandate. 53.000
44 Wähler*innen sind innerhalb der gut 1 ½ Jahre von der SPD
45 zur CDU gewandert, etwa 50.000 ins Lager der Nichtwäh-
46 ler*innen.

47

48 Der Abwärtstrend für die SPD Berlin hat schon weit vor

49 2016 begonnen. Damals wie heute wurden keine ech-
50 ten Konsequenzen aus den Stimmverlusten gezogen. Ei-
51 ne tiefgreifende Analyse, aus der Maßnahmen abgeleitet
52 wurden, hat nicht stattgefunden. Daraus müssen wir ler-
53 nen.

54 **Daher fordern wir:**

- 55 • eine schonungslose Aufarbeitung der Wahlnieder-
56 lage aus dem Jahr 2023 mit enger externer Be-
57 gleitung unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher
58 Akteur*innen. Das Expert*innengremium soll die
59 Wahlniederlage von 2023 und die schlechten Ergeb-
60 nisse der vorigen Wahlen bis Ende des Jahres analy-
61 sieren.
- 62 • Ziel ist die quantitative und qualitative Aufarbei-
63 tung der Wahlergebnisse im Land und in den Krei-
64 sen sowie die Erarbeitung von Handlungsempfeh-
65 lungen

66

67

68 **Aus dem Koalitionsbildungsprozess lernen**

69 Sowohl unsere Entscheidung, nach den Sondierungsge-
70 sprächen die bisherige rot-grün-rote Koalition zu verlas-
71 sen und Verhandlungen mit der CDU Berlin zu führen als
72 auch die Kommunikation dieser Entscheidung, haben das
73 Verhältnis zwischen der SPD und ihren ehemaligen Koali-
74 tionspartnern stark belastet. Dabei wurden insbesondere
75 zwischen der SPD und Grünen Feindbilder aufgebaut und
76 Schuldfragen auf eine Weise hin und her geschoben, die
77 auch für zukünftige Zusammenarbeit Vertrauen gekostet
78 hat.

79

80 Das auf die Koalitionsverhandlungen gefolgte Verfahren
81 zum Mitgliederentscheid über den Entwurf des Koaliti-
82 onsvertrages mit der CDU Berlin war im Unterschied zu
83 gleichartigen Abstimmungen in der Vergangenheit (z.B.
84 2013 und 2017 auf Bundesebene) nicht auf möglichst brei-
85 te Beteiligung im Sinne einer Mitmach-Partei SPD an-
86 gelegt. Insbesondere 2017/18 stand das Votum am Ende
87 eines langen partizipativen Prozesses, welcher u.a. zeig-
88 te dass ein Parteitagsbeschluss keine ausreichende Legi-
89 timation schaffen würde (z.B. durch den sehr knappen
90 Beschluss zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen).
91 Dieses Mal war weder eine digitale Abstimmungsmög-
92 lichkeit noch ein Eintritt zur Teilnahme an der Abstim-
93 mung vorgesehen. Im Ergebnis ist die Parteibasis fast häl-
94 ftig geteilt. Rund 46 Prozent unserer Mitglieder sind mit
95 dem derzeitigen Kurs der Partei, diesem Koalitionspartner
96 oder mit dem unter Hochdruck ausgehandelten Koaliti-
97 onsvertrag nicht zufrieden. Das im Vergleich sehr knappe
98 Ergebnis bei dieser Entscheidung deutet zugleich auf ei-
99 ne zunehmende Distanzierung zwischen der sozialdemo-
100 kratischen Basis und unserer aktuellen Parteiführung auf
101 Landesebene hin, gerade weil diese die Koalition mit der

102 CDU im Vergleich zur Basis fast einstimmig befürwortete.
103

104 Die höchst umstrittene Frage der Koalitionsbildung mit
105 der CDU an die Mitgliedschaft zu geben, hat zwar zu einer
106 unmittelbarer Legitimation der Entscheidung, aber auch
107 zu einer Polarisierung der Gesamtpartei geführt. Wäh-
108 rend nach derartigen LPT-Entscheidungen potenzielle Ris-
109 se durch die Riege der LPT-Delegierten gehen, geht der
110 Riss nun durch einzelne Abteilungen. Nach der Entschei-
111 dung wurden keine erheblichen Schritte unternommen,
112 die entstandenen Gräben wieder zuzuschütten. Insbeson-
113 dere fehlte es seitens der Parteispitze bisher an der An-
114 erkennung der Tatsache, dass fast jede zweite Genossin
115 und jeder zweite Genosse den nun eingeschlagenen Weg
116 nicht mitgehen wollten. Bisher ist die Unterbreitung in-
117 haltlicher Angebote an die unterlegenen NoGroKo-Seite
118 unterblieben. Personell sind ausschließlich diejenigen Ge-
119 noss*innen eingebunden worden, die frühzeitig und teil-
120 weise besonders öffentlichkeitswirksam für Schwarz-Rot
121 geworben haben.

122

123 Um aus diesem Prozess die richtigen Schlüsse zu ziehen
124 fordern wir den Landesvorstand auf:

- 125 • Wege und Formate zu finden, um Brücken zu Linken
126 und Grünen wieder aufzubauen und dabei gemein-
127 same linke Projekte der Zukunft im Sinne der sozial-
128 ökologischen Transformation Berlins zu definieren
129 (Wohnraum, Vergesellschaftung, Mobilitätswende,
130 Klimagerechtigkeit, gute Bildung für alle können
131 hierbei Stichwörter sein)
- 132 • einen Vorschlag für die Änderung der Richtlinien
133 der SPD Berlin auszuarbeiten, der die digitale Teil-
134 nahme an der Mitgliederbefragungen stets als ei-
135 ne Option vorsieht sowie von der Bundesrichtlinie
136 zu Mitgliederbefragungen unter der Maßgabe ab-
137 gewiecht, dass die Frist für den Eintritt in die SPD zur
138 Teilnahme an der Abstimmung verlängert wird.

139

140

141 **Visionenprozess starten**

142 Aus den historisch schlechten Wahlergebnissen müssen
143 wir auch schlussfolgern, dass immer weniger Menschen
144 in Berlin klar ist, wofür die SPD Berlin steht. Wir begrei-
145 fen die SPD als linke Volkspartei, die alle im Blick hat.
146 Diese Stärke müssen wir wieder hinter dem Begriff der
147 sozialen Gerechtigkeit vereinen und verkörpern. Unsere
148 Gesellschaft ist von grundsätzlichen Spaltungen und Dis-
149 kriminierungsstrukturen durchzogen. Die Sozialdemokra-
150 tie muss die Kraft sein, die sich dafür einsetzt, dass je-
151 der Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seines Ge-
152 schlechts, seiner sexuellen Identität etc. gut leben kann.
153 Die Sozialdemokratie muss die Kraft sein, die Spaltung
154 und Diskriminierung entgegentritt und sie abbaut.

155

156 Wir müssen wieder ganz konkrete Visionen von einem so-
157 lidarischen Berlin nach unseren Vorstellungen entwickeln,
158 besonders auch, um uns für die Wahl 2026 von anderen
159 Parteien abzugrenzen. Dabei muss klar werden, für was
160 die SPD Berlin auch abseits der Regierung mit der CDU
161 steht. Die SPD muss stärker wieder als eigenständige Par-
162 tei jenseits der Regierung und als zentrale soziale Kraft er-
163 kennbar werden. Dafür benötigen wir einen entsprechen-
164 den Visionenprozess.

165

166 Zum einen sind in diesem Visionenprozess unsere bisheri-
167 gen Beschlüsse zu bündeln und in lange Linien einzuord-
168 nen. Beschlüsse sind zentral für unsere inhaltliche Arbeit
169 und bilden die Grundlage und den Wegweiser für jegliche
170 politische Haltung der SPD - auch besonders in der Regie-
171 rung. Gleichzeitig hat das Mitgliedervotum gezeigt, dass
172 die SPD Berlin nach wie vor eine Mitgliederpartei ist. Die
173 vielen verschiedenen Genoss*innen, die ihre diversen An-
174 sichten und Erfahrungen mitbringen, sind unsere Stärke.
175 Daher müssen sie an diesem Verfahren beteiligt werden.
176 Ein Vorbild hier müssen die Debattencamps der Bundes-
177 SPD sein, die im Rahmen von "SPD erneuern" 2018 be-
178 schlossen wurden. Diese Debattencamps bilden gleichzei-
179 tig die Chance, neue Mitglieder zu werben und zu aktivie-
180 ren und die Partei wieder zusammenzuführen. Dazu müs-
181 sen die verschiedenen Interessengruppen unserer Partei
182 bereits in die Organisation dieser Debattenräume einge-
183 bunden werden.

184

185 Dementsprechend fordern wir den geschäftsführenden
186 Landesvorstand auf

- 187 • einen Plan für einen Visionenprozess der SPD Berlin
188 zu entwickeln
- 189 • dafür entsprechende Debattenorte nach dem Vor-
190 bild der Bundes-SPD 2018 zu schaffen, die unter
191 einer Beteiligung verschiedener innerparteilicher
192 und zivilgesellschaftlicher Interessengruppen statt-
193 finden
- 194 • Stärkere Berücksichtigung der Parteibeschlüsse ins-
195 besondere im Senatshandeln

196

197

198 **Neue Köpfe braucht die Partei**

199 Die Berliner*innen müssen sich in unserer Vision, in unse-
200 rer Erzählung für die Zukunft der Stadt wiederfinden kön-
201 nen. Dafür bedarf es auch der Repräsentanz. Die SPD muss
202 zeigen, dass ihre Inhalte auch von Menschen gemacht und
203 vertreten werden, die diese verkörpern.

204 Auch innerhalb der SPD Berlin müssen sich Mitglieder
205 von Kandidierenden und Vorständen repräsentiert füh-
206 len. In den Parteigremien braucht es eine stärkere Betei-
207 ligung von Menschen, die nicht finanziell vom Geschick

208 der SPD abhängig sind. Dass Vorstände zu großen Teilen
209 aus Mandatsträger*innen oder im SPD-Kontext Angestell-
210 ten bestehen, ist nicht unsere Vorstellung einer Partei, die
211 zu großen Teilen von Ehrenamtlichen getragen wird. Das
212 muss sich ändern, insbesondere im Lichte einer Abgren-
213 zung und Eigenständigkeit der Partei von einer Regierung
214 in einer Koalition mit der CDU. Für den Erneuerungspro-
215 zess ist dies unabdingbar.

216

217 Für den Prozess der inhaltlichen wie personellen Neuauf-
218 stellung braucht es daher neben inhaltlichen Debatten-
219 räumen auch bei anstehenden Vorstandswahlen Prozes-
220 se, die die Mitgliederbasis einbinden und ihr die Möglich-
221 keit bieten, Kandidierende umfangreich kennenzulernen.
222 Hierfür sollen mit genügend Vorlauf Mitgliederforen or-
223 ganisiert werden, bei denen alle antretenden Kandidie-
224 renden mit Mitgliedern in den Austausch treten und Fra-
225 gen beantworten. Außerdem muss sichergestellt werden,
226 dass allen Mitgliedern in parteiinternen Medien wie auch
227 den Außenauftritten der SPD Berlin der selbe Raum einge-
228 räumt wird.

229

230 **Daher fordern wir:**

231 • Es werden mehrere Mitgliederforen organisiert, auf
232 der sich Kandidat*innen für die neue Parteispitze
233 vorstellen und mit den Mitgliedern in Austausch
234 treten können. Es wird angeregt, dass Kandidatur-
235 ren von zwei Abteilungen in einem Kreis oder ei-
236 nem Kreisvorstand oder Kreisdelegiertenversamm-
237 lung oder eines Vorstands oder Landesdelegierten-
238 konferenz einer Arbeitsgemeinschaft in der SPD Ber-
239 lin getragen werden müssen, um einen breiten und
240 geordneten Prozess der Kandidaturen zu gewähr-
241 leisten. Es wird sichergestellt, dass die Kommunika-
242 tion in eigenen SPD-Berlin-Medien derart ist, dass
243 alle Kandidat*innen den gleichen Raum zur Verfü-
244 gung gestellt bekommen.

245 • Funktionsträger*innen im geschäftsführenden Lan-
246 desvorstand der SPD Berlin sollen künftig nicht iden-
247 tisch sein mit denen, die als Staatssekretär*innen-
248 , Senator*innen oder als Fraktionsgeschäftsfüh-
249 rer*innen oder -vorsitzende die Regierung maßgeb-
250 lich tragen. Damit soll die unabhängige Erneuerung
251 und Fortentwicklung der Partei gewährleistet wer-
252 den - unabhängig von der Regierungsbeteiligung.

253